# Politische Bildung in der Aktualität

# Terroranschläge in den USA wecken Bedarf an politischer Bildung

Karsten Rudolf

Mit dem Terrorangriff auf die USA am 11. September 2001 und den daraus resultierenden welt- und bundespolitischen Folgen entstand eine aktuelle politische Lage, in der man den Bürgern Orientierungshilfen, Informationen, Diskussionsmöglichkeiten, Berührungspunkte mit dem Politischen bieten kann, um eine Immunisierung gegen Demagogie und Verunsicherung zu schaffen. Auch das Begreifbarmachen der Fremdsteuerung der Medien zählt dazu. Was kann politische Bildung den Menschen in solch einer aufgewühlten und hoch politischen Lage anbieten, das auf eine Nachfrage stößt? Oder anders: Welchen Bedarf haben die Bürger, den politische Bildung decken kann?

## Ausführungen zur Befragung

Dem Bedarf an politischen Informations- und Bildungsangeboten in dieser aktuellen Situation wurde durch eine repräsentative Bevölkerungsbefragung nachgegangen. Die Grundgesamtheit der computergestützten telefonischen Befragung bildete die in Privathaushalten lebende deutschsprachige Bevölkerung im Alter von 14 Jahren und mehr. Die sogenannte CATI-Erhebung wurde am 14. und 15.9.2001 von Emnid durchgeführt, die Stichprobe umfasste 1.005 Personen.

Gestellt wurde die Frage: "Wenn Sie an die gerade stattgefundene Terror-Anschlagsserie in den USA und die Reaktionen der NATO denken, welche politischen Informations- und Bildungsangebote wünschen Sie sich, die Sie auch tatsächlich nutzen würden? Ich lese Ihnen nun einige Möglichkeiten vor, bitte sagen Sie mir zu jedem einzelnen Punkt, ob er auf sie zutrifft oder nicht. Sollte Sie keiner der folgenden Punkte ansprechen, gibt es später die Möglichkeit, dies zu vermerken." Das Wort "tatsächlich" wurde von den Interviewern beim Vorlesen der Frage betont. Die Befragten hatten die Möglichkeit, aus einer Liste von insgesamt elf Angeboten die sie interessierenden herauszudeuten. Die Antwortmöglichkeiten wurden einzeln und nacheinander vorgelesen und abgefragt. Darüber hinaus konnten die Befragten unter "Sonstiges" eigene Vorschläge machen. Wen all dies nicht interessierte, der hatte die Möglichkeit, dies gesondert vermerken zu lassen.

Dem Autor ist bewusst, dass die Bedarfsanalyse durch nur eine Frage noch viele zu klärende Punkte, wie beispielsweise die der Wahrscheinlichkeit der tatsächlichen Nutzung dieser Bildungsangebote, sowie eine weitere Ausdifferenzierung von Inhalten und Bildungsformaten offen lässt. Diese auf Grund der Aktualität der Ereignisse kurzfristig entwickelte Frage ist jedoch im Kontext einer umfassenderen Bevölkerungsbefragung zu sehen, die Teil des Dissertationsforschungsprojektes des Autors ist, das Anfang 2002 veröffentlicht wird.

Karsten Rudolf, M.A., ist Doktorand, Mitarbeiter des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV) und Vorsitzender des Büdinger Kreises e. V.

# Befragungsergebnisse

Den Befragten standen zunächst sechs konkrete politische Bildungsangebote zur Auswahl. Diese denkbaren und typischen politischen Bildungsformate sind innerhalb von 14 Tagen realisierbar. Die Nachfrage der hier nach der Häufigkeit der Nennung sortierten Formate ist beachtlich und überraschend.

- 1. Veranstaltungen, in denen man mit hier lebenden US-Amerikanern zusammenkommt und mit ihnen über ihre Sicht der Entwicklung reden kann. (57%)
- 2. Kleine Gesprächskreise in der Gegend, in denen man mit anderen Menschen zusammenkommt und über die Ereignisse reden kann. (50%)
- 3. Veranstaltungen, in denen man mit hier lebenden Menschen islamischen Glaubens zusammenkommt und mit ihnen über ihre Sicht der Entwicklung reden kann. (48%)
- 4. Abendveranstaltung in der Gemeinde, an der Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft teilnehmen und die Fragen der Teilnehmer beantworten. (48%)
- 5. Seminar, das über die Berichterstattung in den Medien hinausgeht und die Hintergründe der Ereignisse in den USA und der Welt beleuchtet. - (41%)
- 6. Informationsangebote im Internet, die über die tagtägliche Berichterstattung in den Medien hinausgehen und eher die Hintergründe der Ereignisse beleuchten. (41%)

Die extrem hohen Zustimmungsraten sind sicher durch vielerlei Faktoren wie soziale Erwünschtheit, situationsbezogene
Stimmungslage etc. begünstigt worden und werden auch nach
einigen Tagen der "Normalität" dieser scheinbar nicht realen
Situation noch abnehmen. Die tatsächliche Teilnehmer-/Nutzerquote wird daher geringer ausfallen. Die Ergebnisse verdeutlichen aber trotz der vorzunehmenden Abstriche immer noch
sehr deutlich einen hohen Bedarf, den man als politischer Bildner auf Grund der starken Medienberichterstattung gar nicht
vermutet.

Aus den folgenden politischen *Bildungsinhalten* (die Formulierung wurde für die Lesbarkeit dieses Beitrags modifiziert), die die Interviewten ebenfalls auswählen konnten, lassen sich unterschiedliche und ebenfalls typische politische Bildungsangebote entwickeln. Es fällt auf, dass diese nachfolgend geschilderten und nicht an spezielle Bildungsformate gebundenen Bildungsinhalte i. d. R. eine häufigere Zustimmung erfahren als die o. g. konkreten Bildungsangebote.

- 1. Analysen zu den langfristigen politischen und wirtschaftlichen Folgen, die diese weltweiten Ereignisse haben werden. (70%)
- 2. Hintergrundinformationen zur Geschichte des Nahost-Konfliktes bzw. zu den Spannungen zwischen Israel und der arabischen Welt. (65%)
- 3. Tipps dazu, wie sich die Bürger in einer solchen Zeit politisch engagieren können, um zum Beispiel einen Krieg zu verhindern oder den Opfern ihre Solidarität zu zeigen. (62%)
- 4. Tipps dazu, wie Bürger erkennen, ob die Medien in solchen Situationen Informationen und Ereignisse bewusst übertreiben. (61%)
- 5. Tipps, wie Bürger gezielt Informationen in der Flut der Medienberichterstattung auffinden können. (49%)

Unter der Kategorie "Sonstiges" (9%) wurden verschiedene Angaben der Befragten zusammengefasst, die aus Platzgründen und wegen der quantitativ geringeren Bedeutung hier nicht aufgeführt werden können.

Obwohl die Medien zum Befragungszeitpunkt alle anderen Nachrichten in den Hintergrund drängten und die Ereignisse in vielen Sonderbeiträgen aufgriffen, wünschten sich interessanterweise nur 3% aller Befragten "keine weiteren Informations- oder Bildungsangebote, da die Medien ausreichend informieren."

#### **Analyse der Antworten**

Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse und die daraus zu ziehenden Rückschlüsse sind eine Auswahl aus dem gewonnenen Datenmaterial und zeigen, wie wichtig es ist, sich zur Konzeption von Bildungsangeboten potenzieller Teilnehmerinteressen zu vergewissern, um auch neue Personen für politische Bildungsangebote zu gewinnen. Die Zusammenfassung der Auswertung der Antwortvorgaben erfolgt nach einigen der erhobenen soziodemographischen Merkmale:

- Frauen wollen eher Tipps, wie sie sich engagieren können, Männer dagegen mehr, wie sie der Informationsflut Herr werden. Deutlich mehr Frauen wünschen sich Abendveranstaltungen mit Experten, wogegen Männer eher Internetangebote bevorzugen. Unter den 3%, die gar keine Angebote wollen, bilden die Frauen die mit Abstand stärkste Gruppe. Bei allen übrigen Punkten unterscheiden sich die geschlechtsspezifischen Antwortmuster nur wenig voneinander.
- Das Interesse an den konkreten Angeboten ist bis auf die "kleinen Gesprächskreise", die "Veranstaltungen mit hier lebenden Menschen islamischen Glaubens" und die "Tipps zur Bewältigung der Informationsflut" bei den jüngeren Befragten (*Alter* 14 bis 29 Jahre) immer deutlich am höchsten. Hervorstechend sind auch die 40- bis 49-Jährigen, die oft größeres Interesse zeigen als die übrigen. Unterdurchschnittlich ist das Interesse i. d. R. bei den 60 Jahre alten und älteren Interviewten.
- Das *Bildungsniveau* macht sich im Antwortverhalten deutlich bemerkbar. Allerdings nicht, wie man vermuten könnte, durch ein kontinuierliches Ansteigen oder Abfallen des Interesses vom niedrigsten zum höchsten Bildungsstand. Nur bei dem Wunsch nach Analysen der Folgen und nach Hintergrundinformationen steigt der Bedarf zusammen mit dem Bildungsstand. Bei den Übrigen ist es je nach Angebot sehr unterschiedlich, was auch Konsequenzen für die didaktische Konzeption der Bildungsangebote hat.
- Nicht berufstätige Befragte zeigen sich mit Ausnahme der "kleinen Gesprächskreise" und des "Seminars" durchgehend uninteressierter an politischen Bildungsangeboten als die Berufstätigen, wobei der Unterschied oft groß ist. Unter den 3%, die gar keine Angebote wollen, bilden die Befragten ohne Berufstätigkeit die mit Abstand stärkste Gruppe.
- Im Ost-West-Vergleich fällt auf, dass sich die Befragten in Westdeutschland (799 Personen) bei fast allen Punkten interessierter zeigen als die Ostdeutschen. Anders sieht es bei den "Tipps zum Engagement", den "kleinen Gesprächskreisen", dem "Seminar" und der Möglichkeit zur Meinungsäußerung unter "Sonstiges" aus.

- Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland sind die *Bundesländer*, in denen das Interesse i. d. R. höher ist als in den übrigen Bundesländern.
- Bei der *Städtegröße* fällt auf, dass in Städten bis zu 5.000 Einwohnern und denen über 500.000 Einwohnern Spitzenwerte zu Angeboten und Inhalten nicht erreicht werden, dennoch kann man bei weitem nicht von einem Desinteresse sprechen.
- In Mehrpersonenhaushalten und besonders in denen mit 3 bis 4 Personen ist das Interesse an den vorgeschlagenen Angeboten und Inhalten i. d. R. höher als in Ein-Personen-Haushalten.

Es ist schwierig, Ergebnisse der Häufigkeitsverteilung nach soziodemographischen Merkmalen vereinfacht zusammenzufassen. Bei der Betrachtung muss dem Leser klar sein, dass trotz der Feststellung, dass im einen oder anderen Fall ein geringeres Interesse an politischer Bildung festzustellen ist, insgesamt hohe Werte erreicht wurden.

#### **Anbietermarkt**

Erst eine rückblickende Analyse Ende 2002 wird ein verlässliches Bild über den Angebotsmarkt bieten. Es wird aber schon deutlich, dass es politischen Bildungsträgern i. d. R. schwerzufallen scheint, kurzfristig und flexibel Angebote zu aktuellen politischen Situationen zu machen. Langfristig geplante Seminare, die im engeren Sinne nichts mit dem aktuellen Thema zu tun haben, werden wahrscheinlich noch weniger Teilnehmer als üblich anziehen. Wer nicht aktuell ist, verliert, und wer erst in einem Vierteljahr Angebote macht, verliert vielleicht (überholt durch die Ereignisse) zum zweiten Mal. Die Schwierigkeit flexibler Angebotsgestaltung ist bildungsplanerisch verständlich, hilft Menschen in ihrer aktuellen Bedürfnislage jedoch nicht weiter. Dem zu begegnen ist nicht nur Aufgabe der Bildungsträger, sondern es erfordert auch eine flexiblere öffentliche Förderpolitik, die sich Kapazitäten für aktuelle Ereignisse freihält.

### **Fazit**

Politische Bildner müssen neue Handlungsfelder erschließen, wollen sie ihrem Bildungsauftrag gerecht werden und den Menschen einen Mehrwert bieten. Die Vernachlässigung von wichtigen Handlungsfeldern politischer Bildung wurde aktuell am Beispiel des Wahlkampfes nachgewiesen (vgl. Rudolf, K. (2001): Politische Bildung und Wahlkampf – ein noch weitgehend unbestelltes Feld. In: Praxis Politische Bildung (PPB). Heft 4). Nun kommt neben diesem Handlungsfeld ein weiteres hinzu: die Aktualität bedeutsamer politischer Lageentwicklungen. Dabei darf sich politische Bildung nicht allein vom Zeitgeist oder von "Medenwellen" bestimmen lassen und sich ausschließlich durch Projektarbeit kennzeichnen. Dann würde sie die von ihren Vertretern zu Recht kritisierte Feuerwehrfunktion übernehmen.

Dieser Beitrag soll zum Nachdenken anregen und die Frage der Aktualität in der politischen Bildung mehr in den Blickpunkt der Betrachtung von Wissenschaft und Praxis rücken. Ein Bedarf scheint vorhanden zu sein, wie geht politische Bildung nun damit um? Die aktuelle weltpolitische Situation fordert politische Bildung zum Handeln auf und bietet eine Chance, die hier geschilderten Erkenntnisse umzusetzen.